

Zeitschrift: Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik
Herausgeber: Widerspruch
Band: 27 (2007)
Heft: 52

Artikel: Ungleichheit und Herrschaft in der Klassengesellschaft Schweiz : zur Politik der Klasse der Lohnabhängigen
Autor: Eberle, Willi / Schächli, Hans
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-651695>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 08.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Ungleichheit und Herrschaft in der Klassengesellschaft Schweiz

Zur Politik der Klasse der Lohnabhängigen

Vor einiger Zeit schon haben sich SozialwissenschaftlerInnen von Klassenkategorien verabschiedet und sich stattdessen Modellen der sozialen Schichtung nach Kriterien wie Ausbildung, berufliche Stellung und Einkommen zugewandt. Andere sprechen von sozialen Lagen oder Milieus gemäss Kriterien wie Geschlecht, Wohnort und Alter (Bell 2006). Und wenn der Klassenbegriff neuerdings wieder vermehrt auftaucht, dann meist als Bezeichnung für „Einkommensklassen“ oder „Schichten“, nicht im Sinne einer klassentheoretisch fundierten Kategorie. Die Ausbeutungs- und Herrschaftsstrukturen in unserer Gesellschaft, welche auf dem gesellschaftlichen Kapital- und Lohnarbeitsverhältnis aufbauen, gerieten so aus dem Blick. Suggestiert wird, dass es in der kapitalistischen Gesellschaft keine verfestigten Herrschaftsstrukturen mehr gebe, vielmehr gesellschaftlicher Aufstieg für alle möglich sei, Chancengleichheit herrsche und gesellschaftliche Positionen vom individuellen Verhalten, insbesondere von der Lern- und Leistungsbereitschaft abhängig seien. Und dass in der pluralistischen Demokratie die Machtfrage in der freien politischen Konkurrenz der gesellschaftlichen Gruppen und Individuen optimal gelöst sei.

Herrschaftsstrukturen lassen sich jedoch nicht an einfachen empirischen Kriterien festmachen, sondern müssen mit Bezug auf die Dynamik des kapitalistischen Akkumulationsprozesses verstanden werden. Sie entwickeln sich historisch in neuen Formen weiter, wobei Merkmale wie der Besitz der Produktionsmittel, die gesellschaftliche Stellung und die Funktion im Kapitalverwertungsprozess oder die Eigentumsverhältnisse eine zentrale Rolle spielen.

Im ersten und zweiten Teil dieses Aufsatzes wollen wir zeigen, dass auch in der Schweiz die Ungleichheit entlang der Klassengrenzen vor allem seit den 90er Jahren deutlich zugenommen hat. Weshalb geschah dies gerade seit 1990 in verstärkter Masse? Weshalb gab es gegen diese Entwicklung nicht mehr Widerstand von den Betroffenen, also seitens der Klasse der Lohnabhängigen? Wo gab und gibt es Ansätze und Möglichkeiten der Gegenwehr? Dies sind die schwierigen und entscheidenden Fragen, auf die wir im dritten Teil eingehen. Wir knüpfen dabei an Überlegungen in früheren Beiträgen an (Eberle/Schächli 2006a, 2006b).

Zugänge zur Analyse der Klassenstruktur der Schweiz

Im 700-seitigen Nachschlagewerk von Peter Bohley, Armin Jans und Carlo Malaguerra (2000) über die Wirtschafts- und Sozialstatistik der Schweiz fehlen zwar nicht die Bauabfälle und die Viehzählungen, aber die Angaben zu Vermögen und Kapitalbesitz. Bei uns wird vieles gezählt, es gibt aber keine realitätsnahe Statistik der Vermögen, wie es ja auch keine nennenswerte Vermögenssteuer gibt. Dabei sind gerade die Verteilungen von Reichtum bzw. Vermögen und Einkommen Schlüsselindikatoren, die Aufschluss geben über die Herrschaftsverhältnisse. Nur wer reich ist, kann sein Leben frei gestalten, über andere verfügen, ohne den Zwang zum Verkauf der eigenen Arbeitskraft.

Alle sechs Jahre (vor 1991 alle 10 Jahre) veröffentlicht das Eidgenössische Finanzdepartement eine Vermögensstatistik, in welcher das für die Besteuerung massgebende Reinvermögen erfasst wird. Die Aussagekraft dieser Statistik ist aus verschiedenen Gründen beschränkt: Das Reinvermögen wird nicht in allen Kantonen gleich erfasst und der Liegenschaftbesitz wird bekanntlich massiv unterbewertet. Vorab aber sind natürlich die der Steuer hinterzogenen Vermögenswerte nicht erfasst. Wir können deshalb davon ausgehen, dass die wirklichen Vermögen der Reichen und Superreichen ein Mehrfaches der angegebenen Werte betragen. Dennoch ist ein Blick in die Steuerstatistik aufschlussreich (Tabelle 1). Wir können die Steuerpflichtigen gemäss den Angaben für das Jahr 2003 in drei Klassen einteilen: 3.7 Prozent versteuern mehr als eine Million Franken Reinvermögen, 27.8 Prozent versteuern ein Vermögen zwischen 100'000 Fr. und einer Million, und 68.4 Prozent versteuern weniger als 100'000 Fr. Reinvermögen. Die 3.7 Prozent Vermögensmillionäre besaßen 1991 46 Prozent der versteuerten Vermögen, 2003 schon 56 Prozent.

Der „Mittelstand“ der 27.9 Prozent blieb im Zeitraum von 1992 bis 2003 mit 40 Prozent stabil. Die Vermögenswerte der Lohnabhängigen (68.4 Prozent) reduzierten sich hingegen zwischen 1991 und 2003 von 13.5 auf 5.5 Prozent, nominal von durchschnittlich 41'000 auf 18'500 Franken. Die Reichen konnten in diesem Zeitraum dank gestiegenen Gewinneinkommen ihr Vermögen vermehren – pro Kopf der erfassten Steuerpflichtigen um knapp 30 Prozent. Der Mittelstand profitierte in bescheidenerem, stark unterschiedlichen Masse von der neoliberalen Politik. Er vermochte sein versteuertes Vermögen pro Kopf um 9 Prozent zu steigern und damit seinen Anteil an den Vermögenswerten von 40 Prozent zu halten. Die ohnehin schon bescheidenen Vermögenswerte der Lohnabhängigen hingegen haben sich um 55 Prozent reduziert, d.h. sie mussten, vor allem zwischen 1991 und 1997, teilweise von ihrem Vermögen leben.

Tabelle 1

| | Prozent der Steuerpfl. | Anteil am verst.Vermögen | | | Pro-Kopf-Vermögen (Durchschnitt in Mio) | | | Veränd. 1991-2003 |
|-------------|------------------------|--------------------------|------|------|---|-------|-------|-------------------|
| | | 1991 | 1997 | 2003 | 1991 | 1997 | 2003 | |
| Millionäre | 3.73 % | 46% | 54% | 54% | 2.6 | 2.8 | 3.3 | + 27% |
| Mittelstand | 27.9 % | 40 % | 40% | 40% | 0.3 | 0.28 | 0.33 | + 9% |
| Lohnabh. | 68.4% | 13.4% | 6% | 5.5% | 0.04 | 0.017 | 0.018 | - 55% |

Quelle: Gesamtschweizerische Vermögensstatistik der natürlichen Personen für die Jahre 1991,1997, 2003 (Eidg. Finanzdirektion)

Seit 1990 lässt sich somit für die Schweiz eine akzentuierte Umverteilung der Vermögen entlang der Klassengrenzen feststellen. Der Hintergrund ist klar: Seit 1980 haben sich die Reallohnsteigerungen abgeschwächt. Aber insbesondere seit der massiv angestiegenen Arbeitslosigkeit zu Beginn der 90er Jahre konnte die Lohnrestriktion verschärft werden. Die Gewinneinkommen hingegen explodierten förmlich: Die Dividenden wurden laufend erhöht, die Aktienkurse stiegen an der Börse, wobei in der Schweiz die Kapitalgewinne nicht versteuert werden müssen. Auch sorgten die tiefen Inflationsraten für hohe Realzinsen bei den Obligationen. Ferner haben sich die Immobilienpreise stark erhöht. Mit der Wende zu Beginn der 90er Jahre ist so für die knapp 4 Prozent zählende eigentliche Klasse der Kapitalisten eine wahrhaft goldene Zeit angebrochen – im Gegensatz zur grossen Mehrheit der Lohnabhängigen. Während die Entwicklung der realen Löhne in der Zeit der Hochkonjunktur mit einer einzigen Ausnahme zwischen 1970 und 1975 in etwa den Produktivitätsfortschritten entsprach, bleibt sie seit 1975 hinter dem Wachstum der Produktivität zurück, wie Tabelle 2 zeigt.

Tabelle 2

| Zeitraum | Reallöhne | Arbeitsproduktivität * |
|-------------|-----------|------------------------|
| 1970 – 1975 | + 3,2% | + 2,0% |
| 1975 – 1980 | + 1,0% | + 1,6% |
| 1980 – 1985 | + 0,4% | + 1,5% |
| 1985 – 1990 | + 1,1% | + 0,9% |
| 1990 – 1995 | + 0,5% | + 1,6% |
| 1995 - 2000 | + 0,1% | + 0,9% |
| 2000 – 2005 | + 0,7% | + 1,1% |

* Stundenproduktivität

Quelle: BfS und BAK Basel Economics

Wenn die Reallöhne schwächer wachsen als die Arbeitsproduktivität, wird die Profitquote auf Kosten der Lohnquote erhöht. Da die Investitionsquote in der Schweiz in den 90er Jahre nicht angestiegen ist, haben sich die Gewinneinkommen erhöht, z.B. die Managerlöhne, die Dividenden, aber auch die Mittel, die den multinationalen Konzernen für Firmenübernahmen und Spekulationsgeschäfte – z.B. für den Aufkauf von Aktien anderer Firmen – zur Verfügung stehen. Der Anstieg der Gewinneinkommen bedeutet für die Lohnabhängigen höhere Lohnrestriktion und für den schwächsten Teil von ihnen Verarmung.

Verschärft wurde die Umverteilung von unten nach oben durch die Steuerpolitik. Während Unternehmen und Reiche steuerlich entlastet wurden, hat die Belastung der Lohnabhängigen durch höhere Abgaben, Krankenkassenprämien, Mehrwertsteuererhöhungen und Erhöhung von Lohnabzügen zugenommen. Die Lohn- und Einkommensstatistiken des Bundesamtes für Statistik (BFS) zeigen, dass im Durchschnitt die Brutto-lohneinkommen zwischen 1991 und 2003 zwar noch leicht zugenommen haben, die verfügbaren Einkommen, d.h. die Einkommen abzüglich der obligatorischen Abgaben, hingegen stagnierten und haben, insbesondere für untere Lohnklassen, sogar abgenommen. Nur gerade die obersten 10 Prozent der Lohnverdiener konnten ihr verfügbares Einkommen steigern (EVE 2004, Ecoplan 2004). Seit 1990 stellen wir also nicht nur eine Vermögenskonzentration entlang der Klassengrenzen, sondern auch ein Auseinanderdriften der Einkommen fest.

Von einer Überwindung der Klassenstrukturen in der Schweiz kann also keine Rede sein. Interessant sind in diesem Zusammenhang die Feststellungen der Soziologen René Levy und Dominique Joye in ihrem Beitrag zum Handbuch der Schweizer Politik (Levy 2006). Die wichtigsten Kriterien in ihrem Modell der sozialen Schichtung sind die Ausbildung, die berufliche Stellung und das Einkommen. Je nachdem, ob die Ungleichheiten gemäss diesen Kriterien parallel zu- oder abnehmen, sprechen sie von „Kristallisierung“ oder „Dekristallisierung“ von Ungleichheit in einer Gesellschaft. Der Befund ist eindeutig: Seit 1990 findet ein Kristallisierungsprozess statt. Nicht nur die Einkommens- und Vermögensverhältnisse sind ungleicher geworden. Auch die Bildungsexpansion hat die Chancengleichheit nicht erhöht, da die Ausbildungsanforderungen laufend gestiegen sind. Die Klassengrenzen in der Schweiz haben sich seit 1990 nicht aufgelöst, verflüssigt oder egalisiert, sie haben sich stattdessen verfestigt, und die Ungleichheit hat zugenommen.

Überlagert werden die Klassenungleichheiten durch Ungleichheiten nach Geschlecht, Nationalität usw. In der Zeit der Hochkonjunktur, zwischen 1950 und 1975, hatten Schweizer Männer aus Gründen der Unterschichtung durch die Immigration relativ gute Aufstiegschancen. Die relativ vorteilhafte Position vieler Schweizer Männer konnte auch nach 1990 teilweise erhalten werden, da die Frauenbeschäftigung in der Schweiz in

den 80er und 90er Jahren massiv zugenommen hatte. Dies gilt heute nicht mehr für die jüngere Generation: Die Aufstiegschancen für Jugendliche haben sich nicht verbessert – im Gegenteil, es wird heute von einem akademischen Proletariat gesprochen (Roth 2006). Auch haben die zunehmenden Qualifikationsanforderungen nicht etwa die Einführung demokratischer Prozesse in den Betrieben begünstigt, wie dies etwa die Soziologen Kern/Schumann anfangs der 80er Jahre vermuteten (1984). Vielmehr werden Hierarchie und Ungleichbehandlung durch flexible Lohnmodelle (Eberle/Schäppi 2000) und durch neue Managementmethoden deutlich gestärkt, auch wenn dies oft nicht auf den ersten Blick erkennbar ist. Akzentuiert werden diese Trends durch den Verlust an Problemlösungsfähigkeit des politischen Systems und durch das wachsende Machtgefälle zwischen multinationalen Konzernen und der nationalen Politik. Nicht nur im leicht zu quantifizierenden Vermögensbereich, sondern auch bei qualitativen Aspekten kann also von einer Auflösung der Klassengrenzen zwischen Kapitalbesitzern und Kapitalverwertern einerseits und Lohnabhängigen andererseits keine Rede sein (Eberle / Schäppi 2001).

Eigenheiten der Klassenstruktur in der Schweiz

Im Vergleich zu anderen Ländern ist die Klassenstruktur in der Schweiz durch drei Faktoren geprägt. An erster Stelle ist die spezifische Stellung der Schweiz im imperialistischen System zu nennen. Dazu gehören die Drehscheibenfunktion, d.h. dass immer Geschäfte mit allen Seiten gemacht wurden; ferner die international führende Stellung der Finanzindustrie, die weltweit mehr als die Hälfte der privaten Vermögen verwaltet, und die international ausserordentliche Dichte von Handelsfirmen, von internationalen Konzernen (ETCgroup 2005; Orsouw 1995) und die spezifischen Dienstleistungen. Die Schweiz hatte selber nie Kolonien, was ihr aufwendige Kriege ersparte, aber sie konnte sich über die Handelsfirmen, die Exportindustrie und den Finanzplatz an den kolonialen und imperialen Gewinnen überproportional beteiligen und bereichern. Zweitens war der schweizerische Arbeitsmarkt mindestens seit Ende der 40er bis zu Beginn der 90er Jahre durch ausserordentlich tiefe Arbeitslosigkeit und starke Immigration unbeschadet. Und drittens war die Schweiz bis in die 80er Jahre gekennzeichnet durch einen ausserordentlich tiefen Anteil der Frauen-Erwerbsarbeit, der seither parallel zur Flexibilisierung der Arbeitsbedingungen zugenommen hat.

Diese drei Faktoren tragen wesentlich zur Stabilisierung von schweizerischen Machtoligarchien bei. Diese finden eine breite Unterstützungsbasis für die „sekundär imperialistische“ Politik zum einen bei den Mittelschichten und zum anderen unter den schlechter gestellten Lohnabhängigen und RentnerInnen, die sie über eine nationalistische, rassistische Orientierung an sich bindet, während die Linke diese Schichten kaum mehr anzusprechen

vermag. Und annähernd ein Viertel der steuerzahlenden Lohnabhängigen im Lande sind bekanntlich von den politischen Rechten ausgeschlossen, da sie „AusländerInnen“ sind.

Um sich ein Bild von der spezifischen Stellung der Schweiz im imperialistischen System machen zu können, sei erneut die Statistik konsultiert (vgl. Tabelle 3). Bekannt sind ja die Klagen über die bescheidenen Wachstumsraten des Bruttoinlandproduktes (BIP) der Schweiz, welches weitere wirtschaftliche Liberalisierungen nötig mache. Interessant ist ein Vergleich des BIP mit dem Bruttosozialprodukt der Schweiz (BSP) bzw. dem Bruttonationaleinkommen (vgl. Mach 2005). Das BSP errechnet sich aus dem BIP, indem beim BIP die Mittelzuflüsse aus dem Ausland dazugezählt und die Abflüsse abgezählt werden. Im Jahre 2006 war das BSP 11.4 Prozent grösser als das BIP, das heisst, dass in die Schweiz fast 60 Milliarden Franken mehr aus dem Ausland zuflossen als aus der Schweiz abflossen. Dieser Mittelzufluss aus dem Ausland hat Tradition in der Schweiz, die mit ihrer Drehscheibenfunktion nach allen Seiten immer gute Geschäfte gemacht hat. Sébastien Guex beschreibt in seiner Studie (2002) einige wichtige Etappen und Merkmale des Finanzplatzes Schweiz im 20. Jahrhundert. Die starke Stellung des Finanzplatzes erklärt auch, weshalb in der Schweiz der Mittelstand zahlenmässig recht stark ist und immer auch von der imperialistischen Ausbeutung der Peripherie mitprofitieren konnte. Dies macht auch verständlich, weshalb ein grosser Teil des Schweizer Bürgertums immer eine prononciert pro-imperialistische Haltung vertreten hat, etwa im Algerienkrieg, im Vietnamkrieg oder bis heute gegen die „venezolanische Krankheit“ in Lateinamerika, wie der regelmässige Blick in die Leitartikel und Kommentarspalten etwa der NZZ zeigt.

Tabelle 3

| | 2001 | 2002 | 2003 | 2004 | 2005 | 2006 |
|---------------------|-------|-------|------|-------|-------|--------|
| BIP | 423 | 431 | 435 | 447 | 456 | 475 |
| Zufluss aus Ausland | 90 | 66 | 86 | 90 | 129 | 142 |
| Abfluss ins Ausland | 67 | 50 | 51 | 52 | 83 | 88 |
| BSP | 446 | 446 | 470 | 485 | 501 | 529 |
| Differenz | +5.4% | +3.5% | +8% | +8.5% | +9.9% | +11.4% |
| Nettozufluss in Mia | 23 | 16 | 35 | 38 | 46 | 54 |

Quelle: BAK Basel Economics

Wenn man diese Zahlen mit den Angaben von Sébastien Guex kombiniert, so ergibt sich über die vergangenen 15 Jahre bei einem durchschnittlichen BIP-Wachstum von weniger als 1 Prozent ein Zufluss an ausländischen Vermögen von annähernd 9 Prozent!

Interessen und Perspektiven der Klasse der Lohnabhängigen

Es gibt strukturelle Gegebenheiten, die eine kollektive, klassenspezifische Wahrnehmung der Interessen der Lohnabhängigen begünstigen oder gar erst ermöglichen. Dazu gehören in der Schweiz der Service public, Gesamtarbeitsverträge und gesetzliche Regelungen mit Lohn- und Arbeitszeitbestimmungen und Kündigungsschutz sowie anderen Bestimmungen zu Arbeits- und Lebensbedingungen, ausgebaute Sozialversicherungen, insbesondere die Altersvorsorge, oder progressive Steuern. Auf all diesen Gebieten fand in den letzten Jahrzehnten ein Rollback statt, teils unter aktiver Beteiligung der Linken: Einführung der Mehrwertsteuer, Beibehaltung von Kopfprämien in den Krankenkassen, weiterer Ausbau der Pensionskassen, Privatisierung wichtiger Infrastrukturbereiche, Aushöhlung von Gesamtarbeitsverträgen u.a.m. Dies hat trotz zunehmenden Problemen die politische Formierung der Lohnabhängigen als handelnde Klasse nicht erleichtert, sondern erschwert. Von der demokratischen Selbstorganisation und kollektiven Aneignung wichtiger Produktionsmittel und Ressourcen, wie sie heute in einigen Ländern in Lateinamerika erfolgreich in Gang kommt, können wir nur lernen. Es gibt aber auch Vorstufen der Selbstorganisation der Lohnabhängigen, z.B. beim Wahl- und Abstimmungsverhalten, es gibt Ansätze zu kollektivem Verhalten in Parteien und Gewerkschaften und eine kontinuierliche Beteiligung an klassenspezifischen Formen der Interessenwahrnehmung. Arbeitskämpfe stellen bei uns sicher die momentan direkteste Form der Selbstorganisation dar. Betriebliche, politische und gewerkschaftliche Aufbauarbeit ist in jedem Falle eine wichtige Vorstufe.

Sicher gibt es seit der Mitte der 90er Jahre Ansätze, wenn auch vielleicht nur rudimentäre, zur Wahrnehmung klassenspezifischer, übergreifender politischer Interessen bei den Lohnabhängigen bis in die professionellen Mittelschichten hinein. Erfolgreiche Referendumskämpfe und Widerstände gegen Privatisierungsvorhaben, wie etwa die Referenden gegen die Flexibilisierung des Arbeitsgesetzes, gegen das Elektromarktgesetz (EMG), das Finanzpaket oder die 11. AHV-Revision und die IV-Revision, wie auch die Referenden gegen die Revision des Ausländergesetzes und des Asylgesetzes zeigen einen wachsenden Widerstand und ein Unbehagen gegenüber dem neoliberalen politischen Projekt. Der Widerstand geht bereits soweit, dass bei den neoliberalen Ideologen, z.B. bei Avenir Suisse, offen über die Notwendigkeit einer starken Einschränkung der direkten Demokratie debattiert wird. Auch musste zur Stabilisierung des bürgerlichen

Machtkartells angesichts der Stimmenverluste von FDP und CVP der nicht bei allen Bürgerlichen beliebt, aber populäre rechtsnationale Unternehmer Christoph Blocher in den Bundesrat aufgenommen werden, um die SVP mit ihrer Massenbasis ins Machtkartell einzubinden.

Die Mobilisierungsmöglichkeiten und die Referendumsfähigkeit der Gewerkschaften haben sich verbessert, wenn wir etwa an den Streik in der Basler Zentralwäscherei, aber auch an die erfolgreiche Durchsetzung der vorzeitigen Pensionierung für Bauarbeiter denken. Sicher gibt es auch Rückschläge, wie der Arbeitskampf bei Swissmetal in Reconvilier 2006 zeigte. Zu verfolgen sind die weiteren Debatten in der SPS. Diese steht – neben den Grünen und der PdA – als einzige in Parlament und Regierungen vertretene Partei nach wie vor in einer engeren Verbindung zu den Gewerkschaften. Sie versuchte seit Beginn der 90er Jahre, die Klassenfrage und die Stagnation der 80er Jahre zu überwinden, und setzte vor allem auf Strategien einer EU-Integration. Angesichts der forcierten bürgerlichen Offensive der 90er Jahre erwies sich das neue SPS-Wirtschaftsprogramm (Eberle/Schäppi 2005) zwar als notwendig, was aber zu weiteren Spannungen zwischen dem sozialliberalen Flügel und dem Gewerkschaftsflügel und in der Folge zu neuer Stagnation und Profilverlust führte. Der Ausweg aus dem Dilemma zwischen dem Abtauchen im politischen Einheitsbrei des helvetischen Kompromisses bzw. Pragmatismus und der Profilierung als politische Alternative zur bürgerlichen neoliberalen Politik führt nur über die aktive Rolle der Partei in den konkreten sozialen Konflikten – wo die SPS bislang weitgehend abwesend war und wo Segmente der Mittelschichten eine tragende Rolle spielen. Dieser basisorientierte Weg würde das Hauptproblem der Partei, nämlich ihre fehlende Massenbasis, lösen helfen. Nur auf diesem Weg wird die SPS ihr linkes Profil zurückgewinnen.

Auf der Gegenseite ist das bürgerliche Machtkartell keineswegs untätig. Die SVP Christoph Blochers hat ihm eine breite Macht- und Mobilisierungsbasis verschafft. Aber auch sonst stellt das Machtkartell unter Führung der Finanzindustrie eine sehr vielschichtige Machtstruktur dar. Es ist sehr dynamisch und orientiert sich immer klarer an der Erhaltung und den Ausbau der spezifischen Rolle der Schweiz im imperialistischen System, von dem auch gewisse Mittelschichten insbesondere im Finanz-, Versicherungs- und Pharmabereich und in einem Teil des Staatsapparates mitprofitieren. Diese Strategie ist bis heute recht erfolgreich. Unschwer vorauszusagen ist auch, dass sich die gesellschaftlichen Prozesse der Unterwerfung der Lebens- und Arbeitsbedingungen unter das Kapital sowohl global als auch in der Schweiz weiter verschärfen werden. Die Frage ist, wieweit es der Schweizer Bourgeoisie im politischen und ökonomischen Krisenfall gelingt, durch eine Kombination von autoritären politischen Massnahmen und materiellen Zugeständnissen die politische Lage stabil zu halten.

Die Aufgabe der Linken besteht auch darin, das Klassenbewusstsein der Lohnabhängigen, die Formierungs- und Organisationsprozesse zu stärken (Eberle/Schäppi 2006a). Insbesondere braucht es die intensive Debatte über das emanzipatorische Projekt, an dem sich die Linken über den punktuellen und immer wieder abflauenden Widerstand hinaus orientieren können.

Literatur

- Baumann, Hans, 2006: Die Entwicklung der Lohnquote und die funktionale Einkommensverteilung in der Schweiz aufgrund der VGR-Daten und der Lohnentwicklungsstatistik von 1990 bis 2005. Unia, Bern.
- Bell, Hans Günter, 2006: Über Schichten, Klassen, Milieus. In: Björn Böhning, Klaus Dörre, Andrea Nahles (Hg.): *Unterschichten? Prekariat? Klassen?* Dortmund
- Bohley, Peter / Jans, Armin / Malaguerra, Carlo (Hg.), 2000: *Wirtschafts- und Sozialstatistik der Schweiz. Eine Einführung*, Bern
- Caritas Schweiz (Hg.). *Sozialalmanach*. Erscheint jährlich, mit Statistiken: *Die Schweiz in Zahlen*. Luzern 1999ff.
- Eberle, Willi / Schäppi, Hans, 2000: Für eine Repolitisierung der Lohnfrage. Zur neoliberalen Politik der Lohnflexibilisierung. In: *Widerspruch* Heft 39, Zürich
- Eberle, Willi / Schäppi, Hans, 2001: Politische Linke und Neue Mitte. Für eine Repolitisierung der Herrschafts- und Klassenfrage. In: *Widerspruch* Heft 41. Zürich
- Eberle, Willi / Schäppi, Hans, 2005: Modernisierungspartei oder emanzipatorisches Projekt? In: *Widerspruch* Heft 48, Zürich
- Eberle, Willi / Schäppi, Hans, 2006a: Über den Keynesianismus hinaus. Kein emanzipatorisches Projekt ohne Kritik der politischen Ökonomie. In: *Widerspruch* Heft 50. Zürich
- Eberle, Willi / Schäppi, Hans, 2006b: Kritik der Politischen Ökonomie. Aktualität und Problemstellung eines Bruches. In: *Denknetz – Jahrbuch 2006*. Zürich
- Ecoplan, 2004 : *Verteilung des Wohlstands in der Schweiz*. Bern
- ETCgroup: Oligopoly, Inc.2005. *Concentration in Corporate Power*. Zu finden unter: http://www.etcgroup.org/upload/publication/44/01/oligopoly2005_16dec.05.pdf
- EVE 2004: *Einkommens- und Verbrauchserhebung des Bundesamts für Statistik*, Bern
- Guex, Sébastien, 2002: *Place financière suisse et secret bancaire au XXe siècle : ombres et pénombres*. In : Froidevaux, Dominique et al, 2002 : *La suisse dans la constellation des paradis fiscaux*. Genève
- Kern, Horst / Schumann, Michael, 1984 : *Das Ende der Arbeitsteilung ? Rationalisierung in der industriellen Produktion*. München
- Kutzner, Stephan / Mäder, Ueli / Knöpfel, Carlo (Hg.), 2004: *Working poor in der Schweiz – Wege aus der Sozialhilfe*. Zürich/Chur
- Levy, René, 2006 : *Sozialstruktur und Wirtschaftsstruktur*. In: *Handbuch der Schweizer Politik*. 4. Auflage, Zürich
- Mach, André 2005: *Une Suisse de plus en plus riche et inégalitaire*. In: *Denknetz Jahrbuch 2005*. Zürich
- Orsouw, Michael van, 1995: *Das vermeintliche Paradies. Eine historische Analyse der Anziehungskraft der Zuger Steuergesetze*. Zürich
- Roth, Karl Heinz, 2006: *Zwischen exploitierter Multitude und Weltarbeiterklasse: Klassenformierung und Klassenfragmentierung*. In: *Kapitalismus Reloaded. Kontroversen zu Imperialismus, Empire und Hegemonie*. Hamburg
- Wolf, Winfried, 2003: *Sturzflug in die Krise. Die Weltwirtschaft, das Öl, der Krieg*. Hamburg